

1./2. Tagung am 5. Juni und 12. bis 13. Juni

Parlamentszeitung für Schleswig-Holstein

# Klaus Schlie mit großer Mehrheit zum Landtagspräsidenten gewählt



1. Vizepräsident  
Bernd Heinemann

2. Vizepräsidentin  
Marlies Fritzen



Klares Votum auch für den neuen  
Ministerpräsidenten Torsten Albig

Alterspräsident: Politik  
muss verständlicher  
werden



**Berichte und Hintergründe zu der konstituierenden Sitzung am 5. Juni sowie zur 2. Tagung am 12. und 13. Juni 2012 (18. Wahlperiode)**  
- Redaktionsschluss: 28. Juni 2012 -

**Konstituierung des Landtages**

Der Landtag ist startbereit: Breites Votum für Landtagspräsident Klaus Schlie / Alterspräsident Kubicki appelliert an die Landespolitik / Abgeordnete vereidigt

3  
und  
7

**Landesregierung komplett**

Torsten Albig besteht im ersten Wahlgang / Auszüge aus dem Koalitionsvertrag / die neue Regierungsmannschaft auf einen Blick

5  
bis  
7

**Große Übersicht...**

**So sind die Fraktionen und die Landesregierung im Plenarsaal positioniert**

8  
und  
9

**Regierungserklärung**

Albig verspricht neue Diskussionskultur / schwarz-gelbe Opposition kritisiert „inhaltsleeres“ Regierungsprogramm

10  
und  
11

**Kurz berichtet**

Erste Entscheidungen ohne Aussprache  
Meldungen: u. a. Diskussion um Ampel-Namen und Pairing

12

**Ausschüsse / Personalien**

Die neuformierten Fachgremien in der Übersicht

13

**Landtagspräsident Schlie im Interview**

„Ich bin ein überzeugter Parlamentarier“

14

**Die „Emmis“ sind vergeben / Impressum**

Sleswig-Holsteen snackt Plattdüütsch

15

**Veranstaltungen / Ausstellungen**

u. a. „Krach-Mach-Tach“, Anne-Frank-Ausstellung / Politische Literatur im Landtag

16

Die nächste Plenartagung findet nach der Sommerpause vom 22. bis 24. August statt. Aktuelle Informationen zu den Beratungsthemen erhalten Sie in unserem Internetangebot **plenum-online**. Die August-Ausgabe wird am Dienstagmittag (21. August) gegen 16:00 Uhr ins Netz gestellt. Sie finden dort unter anderem den aktuellen Zeitplan, ausführliche Vorberichte zu den Tagungsthemen sowie Verlinkungen zu den Drucksachen und zum ParlaTV.



**www.sh-landtag.de**

**Titelfoto:**

Einen Monat nach der Landtagswahl hat sich das Parlament am 5. Juni konstituiert. Neuer Landtagspräsident ist der bisherige Innenminister Klaus Schlie. Er erhielt 56 der 69 Stimmen. Wenige Tage später zog Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) nach. Er benötigte nur einen Wahlgang und konnte sich über 37 Stimmen freuen.

(Fotos: Thomas Eisenkrätzer)



**Liebe Leserinnen und Leser,**

am 6. Mai haben die Schleswig-Holsteiner einen neuen Landtag gewählt und damit eine Reihe von Grundsatzentscheidungen für die Zukunft des Landes getroffen: Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament haben sich geändert, neue Gesichter haben die politische Bühne betreten, und einige alt bekannte Persönlichkeiten sind nun nicht mehr mit dabei. Nachdem die Landtagszeitung bereits in der letzten Ausgabe den Wahlausgang umfassend analysiert hat und Ihnen die Mitglieder des Landtages in dieser 18. Wahlperiode vorgestellt hat, komplettieren wir in diesem Heft nun unseren Überblick über die neue politische Landschaft in Schleswig-Holstein.

Das Parlament hat Anfang Juni erstmals getagt und mit großer Mehrheit den langjährigen CDU-Abgeordneten und Ex-Innenminister Klaus Schlie zum neuen Landtagspräsidenten gewählt. In einem ausführlichen Interview erläutert Klaus Schlie, was er in seinem neuen Amt bewirken möchte – im Landtag, aber auch darüber hinaus.

Auch eine zweite Personalie steht nun fest: Torsten Albig löst Peter Harry Carstensen auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten ab. SPD-Mann Albig stützt sich im Landtag auf die Ein-Stimmen-Mehrheit von Sozialdemokraten, Grünen und SSW. Wir stellen Ihnen die Minister der neuen Landesregierung sowie den neuen Zuschnitt der Ministerien vor. Zudem blicken wir in den Koalitionsvertrag der sogenannten Nord-Ampel.

Kurzum: Die Landespolitik ist startklar für die 18. Wahlperiode. Erste konkrete Akzente will das neue Regierungsbündnis mit dem Haushaltsentwurf für 2013 setzen. Im November soll der Landtag den Etat-Entwurf nach den aktuellen Planungen in Erster Lesung debattieren, bevor der Haushalt im Januar 2013 dann endgültig in trockenen Tüchern sein soll. Die Diskussion über politische Wünsche und finanzielle Realitäten wird also bereits die kommenden Monate im Landeshaus dominieren, denn die Schuldenbremse in der Landesverfassung setzt hohe Hürden für viele Vorhaben.

Die Landtagszeitung wird Sie, gemeinsam mit dem Internetangebot plenum-online, durch diese Wahlperiode begleiten – gewohnt sachlich, ausführlich und transparent. Doch jetzt wünschen wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, erst einmal eine schöne Sommerzeit.

Ihre Redaktion

## Alterspräsident mahnt:

# Politik im Land muss verständlicher werden

In seiner ungewohnten Funktion als Alterspräsident hat FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki zum Auftakt der neuen Wahlperiode an die Abgeordneten des Landtages appelliert, respektvoll und sachlich miteinander umzugehen.

Kubicki, mit seinen 60 Lebens- und 20 Dienstjahren der erfahrenste Abgeordnete im Plenarsaal und deswegen Alterspräsident, hob hervor, dass es die zentrale Aufgabe des Parlaments sei, „dem demokratischen Ringen nach Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen Struktur und Halt zu geben“. Dies verband er mit der direkten Bitte an die Parlamentarier: „Wir müssen dieser Aufgabe nicht nur inhaltlich erfolgreich, sondern auch nach außen hin mit Würde und Anstand nachkommen.“

Die Schleswig-Holsteiner würden sehr genau darauf schauen,

wie „wir sie hier im Landtag vertreten“. Und, so Kubicki weiter, „sie erwarten mit Recht, dass man ihnen die für sie weitreichenden Entscheidungen nachvollziehbar erklärt“.

Er appellierte an die Abgeordneten im Plenarsaal – „den Kollegen Dr. Stegner (SPD-Fraktionsvorsitzender/ Anm. der Redaktion) und mich eingeschlossen“ –, in den anstehenden Debatten „die sachliche Auseinandersetzung zu suchen“. Denn: Nicht zuletzt die „bedenklich gesunkene“ Wahlbeteiligung von knapp über 60 Prozent sei als Aufforderung an die Politik zu verstehen, ihre



Eine neue Wahlperiode wird traditionell vom Alterspräsidenten eröffnet – zum Start dieser 18. Legislaturperiode ist es Wolfgang Kubicki, der das neu zusammengesetzte Plenum begrüßt

Diskussionen und Entscheidungen „verständlicher zu machen“.

Zum Stichwort Transparenz, das bereits der ehemalige Landtagspräsident Torsten Geerds angestoßen hatte und das mit dem Einzug der Piraten in den Landtag verstärkt diskutiert wird, warnte Alterspräsident Kubicki

allerdings vor überzogenen Forderungen. So müsse in manchen Bereichen, wie beispielsweise im Ältestenrat, Freiraum für vertrauliche Gespräche bleiben: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass jeder geäußerte Gedanke eines Abgeordneten in Echtzeit öffentlich gemacht werden muss“.

# Große Freude über großen Zuspruch

## Klaus Schlie mit 56 von 69 Stimmen zum Landtagspräsidenten gewählt

Klaus Schlie ist der 13. Landtagspräsident in der Geschichte Schleswig-Holsteins. 56 Abgeordnete schenken ihm auf der konstituierenden Sitzung ihr Vertrauen, zehn

stimmten gegen ihn, drei enthielten sich. Der 58-Jährige tritt die Nachfolge von Torsten Geerds an, der bei der Wahl am 6. Mai den Sprung in den neuen Landtag

verpasst hatte. Schlie und Geerds gehören der CDU an. Nach parlamentarischem Brauch stellt die stärkste politische Kraft den Präsidenten im Landesparlament.

Im Anschluss an seine Vereidigung durch Alterspräsident Wolfgang Kubicki rief Schlie in seiner Antrittsrede dazu auf, angesichts der sinkenden Beteiligungen an Wahlen politische Prozesse transparenter zu gestalten und die in der vergangenen Wahlperiode von seinem Vorgänger Torsten Geerds gestartete

Initiative „Parlamentarismus im Wandel“ fortzusetzen. Themen dürften nicht „nur noch partiell und individuell bezogen betrachtet werden“, sagte Schlie.

Gleichzeitig warnte der frischgebackene Landtagspräsident aber davor, die neuen Medien überzubewerten. Obwohl insbesondere das Internet viel Po-

sitives bewirkt habe, seien die neuen Medien nur „Mittel zum Zweck“. Ziel bleibe es, „das Wohl und die Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen in der

realen Welt“ zu unterstützen.

Schlie betonte weiterhin, die Gesellschaft befinde sich „in einem tiefgreifenden Transformations-

- Fortsetzung auf Seite 4 -



Kurz nach seiner Wahl wird Schleswig-Holsteins Landtagspräsident Klaus Schlie von Alterspräsident Wolfgang Kubicki vereidigt (Foto links). Anschließend nimmt er zahlreiche Glückwünsche und Blumensträuße entgegen, wie hier (Foto oben) von den Fraktionsvorsitzenden der CDU und der SPD, Johannes Callsen und Ralf Stegner.



## Die gewählten Parlamentspräsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages von 1946 bis 2012



Paul Husfeldt †  
(1946)



Karl Ratz †  
(1946-1954)



Dr. Walther  
Böttcher †  
(1954-1959)



Claus Joachim  
v. Heydebreck †  
(1959-1964)



Dr. Paul Rohloff †  
(1964-1971)



Dr. Helmut  
Lemke †  
(1971-1983)



Rudolf Titzck †  
(1983-1987)



Lianne  
Paulina-Mürl †  
(1987-1992)



Ute Erdsiek-Rave  
(1992-1996)



Heinz-Werner  
Arens †  
(1996-2005)



Martin Kayenburg  
(2005-2009)



Torsten Geerds  
(2009-2012)



Klaus Schlie  
(seit 5. Juni 2012)

- Fortsetzung von Seite 3 -

mationsprozess“, der die Leistungsfähigkeit des Parlaments herausfordere. Auf diese Herausforderungen Antworten zu finden, sei unausweichlich, „denn dies ist es, was die Menschen im Land von uns erwarten“.

Der Landtagspräsident ging auch auf den Heimatbegriff und die „regionalen Entwicklungsgefälle“ ein. Die südlichen Landesteile orientierten sich

wirtschaftlich stark in Richtung Hamburg. Das dürfe das Land zwar nicht unterbinden, „wir müssen aber gerade deshalb die kulturellen und politischen Bindungen in dieser bevölkerungsreichen Region stärken“, sagte

**„Unser parlamentarisches System muss sich verstärkt der wichtigen Frage annehmen, wie unsere Diskussionen und Entscheidungen die Menschen im Lande auch zukünftig erreichen“**

Schlie. Er betrachte es in diesem Zusammenhang zudem als eine zentrale Aufgabe, die „drei im Land verwurzelten Minderheiten“ der Dänen, Friesen sowie Sinti und Roma zu unterstützen.

Ein weiteres Hauptanliegen der Landespolitik müsse es sein, das Ehrenamt weiter zu stärken. „Diese Arbeit von Bürgern für Bürger ist durch Nichts zu ersetzen“, betonte Schlie. Er stellte fest, dass „das Interesse und der Wille, etwas für die Gemeinschaft zu tun“, steige. Diese Chance gelte es zu nutzen.

Abschließend hob Schlie in seiner mit viel Beifall bedachten Rede hervor, im Parlament – dem „entscheidenden Ort des Zusammenhalts“ – müsse Demokratie „mit Aufrichtigkeit gelebt und mit Einsatz auch vorgelebt“ werden. ■



Mit Anette Langner und Rolf Fischer (beide SPD), Monika Heinold und Robert Habeck (beide von den Grünen) sowie Anke Spoorendonk (SSW) haben fünf Abgeordnete aus den Regierungsfractionen ihre Landtagsmandate niedergelegt, um am Kabinetttisch Platz zu nehmen. Ihre frei gewordenen Plätze im Plenarsaal nehmen nun Birte Pauls und Tobias von Pein (beide SPD), Ines Strehlau und Detlef Matthiessen (Grüne) sowie Jette Waldinger-Thiering (SSW) ein. Sie wurden am 12. Juni von Landtagspräsident Klaus Schlie vereidigt (Foto). Von den Nachrückern gehörten Pauls, Strehlau, Matthiessen und Waldinger-Thiering dem Landtag bereits in der letzten Wahlperiode an; einzig der 27-jährige von Pein aus dem Kreis Stormarn hat noch keine Landtagserfahrung.

## Zum dritten Mal nachgerückt: Matthiessen bricht Rekord

Im Mai hatte Detlef Matthiessen von den Grünen den direkten Einzug ins Parlament verpasst, Listenplatz 12 reichte nicht aus. Doch mit der Berufung der Parteikollegen Robert Habeck und Monika Heinold zu Ministern und deren Verzicht auf ihre Mandate darf der Tierarzt aus Osterby (Kreis Rendsburg-Eckernförde) wieder im Landtag Platz nehmen. Matthiessens dritter nachträglicher Wiedereinzug ist ein Rekord in der Landtagsgeschichte – noch nie ist ein Politiker so oft nachgerückt.

Für den 58-Jährigen ist es schlicht ein „gutes Gefühl“, es auch dieses Mal wieder geschafft zu haben. „Als klar war, dass wir Grünen uns an der Regierung beteiligen, war ich mir sicher, dass ich es in den Landtag schaffe“, erzählt Matthiessen der Landtagszeitung. Gleichwohl habe er sich auch Gedanken über Alternativen gemacht: „Dann hätte ich im Bereich Energieberatung gearbeitet.“

Matthiessen, bereits 1996 ohne Umweg in den Land-

tag eingezogen, verpasste 2000 den Wiedereinzug und rückte zwei Jahre später erstmals für einen Parteikollegen nach. 2005 reichte die Position auf der Liste wieder nicht für ein Abgeordnetenmandat. Doch mit dem Wechsel von Ex-Minister Klaus Müller nach Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006, war auch Matthiessen wieder da. Bei der Wahl 2009 langte es für ein Direktmandat, 2012 darf er sich nun "Rekordhalter" der Nachrücker nennen. ■



## Mit Gottes Segen...

...ist die Landespolitik in die neue Legislaturperiode gestartet. Vor der ersten Landtagssitzung dieser 18. Wahlperiode mit der Wahl des Landtagspräsidenten nahmen zahlreiche ehemalige und neue Abgeordnete, Mitglieder der Landesregierung sowie viele Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagsverwaltung und der Beauftragten an einem ökumenischen Gottesdienst in der Kieler Pauluskirche teil. Der Gottesdienst hat zu Beginn neuer Wahlperioden Tradition – und ist stets auch ein Moment des persönlichen Innehaltens und der Besinnung auf menschliche Werte abseits des in solchen Tagen so spannenden politischen Tagesgeschäfts.

## Ministerpräsidentenwahl im Landtag

# Torsten Albig ist nach einem Wahlgang am Ziel

12. Juni, 10:28 Uhr: Landtagspräsident Klaus Schlie gibt das Ergebnis der Ministerpräsidentenwahl bekannt. 37 der 69 Abgeordneten votieren für Torsten Albig (SPD), den Kandidaten von Sozialdemokraten, Grünen und SSW. Damit steht fest: Der Ex-Oberbürgermeister von Kiel ist zum Regierungschef in Schleswig-Holstein aufgestiegen.

Ein Parlamentarier enthielt sich der Stimme, ein Wahlzettel war ungültig, es gab 30 Nein-Stimmen. Damit bekam Albig in geheimer Wahl zwei Stimmen mehr, als das von ihm geführte Bündnis Mandate hat – die drei Partner verfügen nur über eine hauchdünne Ein-Stimmen-Mehrheit. Der 49-Jährige hatte keinen Gegenkandidaten. Die von einigen Beobachtern prophezeite Zitterpartie blieb damit aus. Anders als 2005, als Heide Simonis (SPD) in vier Wahlgängen

jeweils eine Stimme fehlte, ist dieses Mal nach nur einem Durchgang alles klar. Keine halbe Stunde hat der Wahlakt gedauert.

In einer ersten kurzen Ansprache vor dem Parlament betonte Albig, dies sei für ihn „eine große Ehre“ und „ein sehr bewegender Moment“. „Ich freue mich unbändig“, so der neue Ministerpräsident. Albig richtete einen Appell an alle Parteien im Landtag, mit „Anstand und Respekt“ miteinander umzugehen: „Wir werden alle gemeinsam für unser Schleswig-Holstein arbeiten, nachdenken, ringen.“ Ziel müsse es sein, dass „die, die uns ihre Stimme gegeben haben, sagen können: Das machen die gut.“

Albig dankte zudem seinem Vorgänger Peter Harry Carstensen (CDU) „im Namen der Menschen des Landes für das, was Sie geleistet haben“. Carstensen war zuvor sieben Jahre Regierungschef gewesen, zuletzt an der Spitze einer CDU/FDP-Koalition. Albig überreichte dem Hobby-Imler Carstensen als Abschiedsgeschenk ein Buch aus dem Jahr 1909: „Dr. Lampes Bienenzucht“. Dies sei „ein starkes Buch, so wie Sie ein starker Ministerpräsident waren“. Der gesamte Landtag dankte dem scheidenden Ministerpräsidenten mit anhaltendem Applaus.



Zum Abschied gab es für Peter Harry Carstensen von den Abgeordneten viel Applaus und von Albig ein über hundert Jahre altes Fachbuch über Bienenzucht



Unmittelbar nach seiner Wahl wurde Ministerpräsident Albig von Landtagspräsident Klaus Schlie vereidigt. Der Regierungschef wie auch seine Minister legen folgenden Eid ab:

**„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seine Freiheit verteidigen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein wahren, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen Menschen üben, so wahr mir Gott helfe.“**

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden. Albig und die meisten seiner Minister, die ihren Eid einen Tag später ablegten, sprachen die religiöse Formel mit.

## Zur Person: Torsten Albig

Geboren am 25. Mai 1963 in Bremen, aufgewachsen in Ostholstein, evangelisch, verheiratet, zwei Kinder, Jurist.

Abitur in Bielefeld, 1982 Eintritt in die SPD, Tätigkeit in der schleswig-holsteinischen Steuerverwaltung, ab 1998 Pressesprecher von Bundesfinanzminister Oskar Lafontaine, ab 2001 Konzernsprecher der Dresdner Bank, ab 2002 Dezernent und Stadtrat in Kiel, unter anderem für Finanzen, Personal und Kultur, ab 2006 Sprecher von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, 2009 Oberbürgermeister in Kiel, seit 2012 Landtagsabgeordneter und Ministerpräsident.



# Drei Parteien, ein Vertrag und viele Vorhaben

**63 Seiten und durchnummerierte 2.580 Zeilen umfasst der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW, der unter dem Motto "Bündnis für den Norden – Neue Horizonte für Schleswig-Holstein" steht.**

**Finanzen:** 2013 sollen Krippen, dänische und freie Schulen, Öko-Landbau, Altenpflegeausbildung und Frauenhäuser mehr Geld bekommen. Straßenbaumittel werden dafür gekürzt, die einzelbetriebliche Förderung abgeschafft und der Erdölförderzins erhöht. Gegenüber dem Ist-Stand von 2010 sollen zehn Prozent der Stellen im Landesdienst bis 2020 abgebaut werden. Die Landesbeteiligung an der HSH Nordbank soll verkauft werden, sobald dies rechtlich möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Posten des Mittelstands- und des Integrationsbeauftragten werden abgeschafft, das Kabinett will auf 15 Prozent des Gehaltes verzichten.

**Bildung:** 1.400 Lehrerstellen werden bis 2017 wegen Schülerrückgangs rechnerisch frei. Die Hälfte des Geldes, das hierdurch eingespart wird, soll zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden; die andere Hälfte soll in die Bildung fließen. Generell gilt: Abitur nach acht Jahren am Gymnasium, nach neun an Gemeinschaftsschulen. Regionalschulen sollen in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Kreise müssen Eltern nicht mehr an den Schulbuskosten beteiligen. Der konfessionsgebundene Religionsunterricht soll konfessionsübergreifend werden. Lehrer sollen nicht mehr für Schularten, sondern für verschiedene Altersstufen ausgebildet werden. Die Hochschulen sollen Tarifsteigerungen und Inflation ausgeglichen bekommen.

**Energiewende:** Bis 2020 soll das Land aus erneuerbaren Energien dreimal so viel Strom produzieren wie es verbraucht. Keine neuen Kohlekraftwerke. Hochspannungsleitungen sollen grundsätzlich als Erdkabel gelegt werden.

**Verkehr:** Die A20 wird bis 2017 nur bis zur A7 gebaut. Ob es westlich davon weitergeht, soll die nächste Regierung entscheiden. Die reservierten 60 Millionen Euro für die Planung der

Hinterlandanbindung des Fehmarnbelt-Tunnels werden kassiert, weil der Bund zuständig sei. Die B5 wird dreispurig ausgebaut. Die Koalition setzt sich für Tempo 130



auf Autobahnen ein. Beteiligungen und Investitionen in den Flughafen Lübeck werden ausgeschlossen. Schienen- und Radverkehr bekommen mehr Geld.

**Soziales:** Kürzungen beim Freiwilligen Sozialen Jahr werden zurückgenommen. Das von 400 auf 200 Euro gekürzte Blindengeld steigt wieder auf 300 Euro. Hartz-IV-Bezieher sollen keine KiTa-Beiträge mehr zahlen. Die „geringe Menge“ an weichen Drogen, die straffrei mit sich geführt werden kann, soll angehoben werden. Die Koalition setzt auf Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen.

**Umwelt- und Naturschutz:** Die Naturschutzgebiete sollen auf 15 Prozent der Landesfläche ausgeweitet werden.

**Inneres:** Polizisten werden bei geschlossenen Einsätzen mit Nummern gekennzeichnet. Die Koalition sagt Nein zur Vorratsdatenspeicherung. Die Abschiebehaftanstalt Rendsburg wird geschlossen, die JVA in Flensburg bleibt erhalten. Es gibt finanzielle Anreize für den Zusammenschluss kleinerer Gemeinden. Bürgerbegehren sollen erleichtert werden, und 16-Jährige sollen den Landtag wählen können. Der Finanzausgleich zwischen reichen und verschuldeten Kommunen soll reformiert werden.

**Glücksspiel:** Der von Schwarz-Gelb eingeschlagene Sonderweg bei der Vergabe von Wett-Lizenzen soll beendet werden – jedoch ohne Schadenersatzzahlungen an Lizenzinhaber. Ziel ist der Beitritt zum Staatsvertrag der 15 anderen Länder.

*Ministerpräsident Torsten Albig hat das Regierungsprogramm in seiner Regierungserklärung im Landtag vorgestellt – und die Opposition hat Stellung bezogen (siehe S.10).* ■

## Wie heißt die "Ampel"?

**Die Koalition aus Sozialdemokraten, Grünen und SSW ist eine Neuheit in der politischen Landschaft – und Neugeborene brauchen einen Namen.**

Für das Dreier-Bündnis hat sich rasch die Bezeichnung "Ampel" eingeprägt, in Anlehnung an die rot-gelb-grünen Bündnisse in anderen Bundesländern. Die Farben der neuen Partnerschaft im Norden, rot-grün-blau, dürften zwar im Straßenverkehr für Verwirrung sorgen, aber dennoch war in den Medien von der "Schleswig-Holstein-Ampel", "SH-Ampel", "Nord-Ampel", "Küsten-Ampel", "Kieler Ampel" und "Albig-Ampel" die Rede.

Der ebenfalls verwendete Begriff "Dänen-Ampel" wird von den Koalitionären abgelehnt, weil es sich bei den Wählern und den Abgeordneten des SSW selbstverständlich um deutsche Staatsbürger handelt.

In Anlehnung an schwarz-gelb-grüne "Jamaika"-Bündnisse wurden auch die Flaggen exotischer Länder herangezogen, um die neue Koalition kurz und prägnant zu umschreiben. Doch weder "Namibia" noch "Gambia" haben sich auf breiter Linie durchgesetzt.

Die Redaktion der Landtagszeitung wird die Namenssuche weiterhin aufmerksam verfolgen. ■

## Auswirkungen auf den Bund

Die vier Stimmen Schleswig-Holsteins im **Bundesrat** werden nach dem Regierungswechsel dem Oppositionslager zugerechnet. Sieben Länder mit insgesamt 30 der 69 Stimmen werden derzeit von Rot-Grün (im Lande mit dem SSW), Grün-Rot, Rot-Rot oder von der SPD alleine regiert. Die schwarz-gelbe Koalition im Bund kommt dagegen nur noch auf die 21 Stimmen aus Bayern, Hessen, Sachsen und Niedersachsen. Die restlichen 18 Stimmen kommen aus den fünf Ländern mit großen Koalitionen und gelten als „neutraler Block“. Die Nord-Koalition will sich laut Vertrag im Bundesrat enthalten, wenn sie sich nicht einig ist.

Mit seinem Amtsantritt ist Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) zugleich Vorsitzender der **Ministerpräsidentenkonferenz** geworden, Energieminister Robert Habeck (Grüne) steht der Umweltministerkonferenz vor. ■

Auf dieses Team stützt sich Torsten Albig:

# Schleswig-Holsteins Landesregierung



## Innenministerium

Zuständig für kommunale Angelegenheiten, Polizei, Ordnungsrecht, Beamtenrecht, Ausländer- u. Integrationsangelegenheiten, Sport, Städtebau, Wohnungswesen u. Verfassungsschutz

**Andreas Breitner**  
(45), SPD

Staatssekretär: **Bernd Küpperbusch** (56)

## Ministerium für Bildung und Wissenschaft

Zuständig für Schulen, Berufl. Bildung, Schulentwicklungsplanung, Hochschulen u. Wissenschaft, Universitätsklinikum



**Prof. Dr. Waltraud Wende**  
(54), parteilos

Staatssekretäre:  
**Dirk Loßack** (42), **Rolf Fischer** (57)



## Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

Zuständig für Sozialsysteme, Gesundheit, Kinder, Jugend u. Familie, Gleichstellung von Frauen u. Männern, Integration, Kindertagesstätten

**Kristin Alheit**  
(44), SPD

Staatssekretärin: **Anette Langner** (50)

## Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Zuständig für Arbeitsmarktpolitik, SGB II, Europ. Sozialfond, Wirtschaftsförderung, Tourismus, Verbraucherschutz, Verkehr u. Straßenbau, Technologie



**Reinhard Meyer**  
(52), SPD

Staatssekretäre: **Dr. Frank Nägele** (48),  
**Ralph Müller-Beck** (42)



**Ministerpräsident**  
**Torsten Albig** (49)

## Ministerium für Energie- wende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume

Zuständig für Energiepolitik, Reaktorsicherheit u. Strahlenschutz, Landwirtschaft, Fischerei, Umwelt, Wasserwirtschaft, Meeres- u. Küstenschutz, Lebensmittelschutz, Naturschutz, Forstwirtschaft, Jagd, ländl. Räume



**Dr. Robert Habeck** (42),  
Grüne, 1. stellv.  
Ministerpräsident

Staatssekretäre:  
**Dr. Ulf Kämpfer** (40),  
**Ingrid Nestle** (34)



## Finanz- ministerium

Zuständig für Haushalt, Steuerpolitik, Beteiligungsverwaltung, Finanzverwaltung, HSH Nordbank

**Monika Heinold**  
(53), Grüne

Staatssekretär:  
**Thomas Losse-Müller** (39)



## Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Zuständig für Gerichte, Staatsanwaltschaften u. Justizvollzug, Kultur, Europa-, Ostsee- u. Nordseeangelegenheiten

**Anke Spoorendonk**  
(64), SSW, 2. stellvertre-  
tende Ministerpräsidentin

Staatssekretär: **Dr. Eberhard Schmidt-Elsaesser** (57)

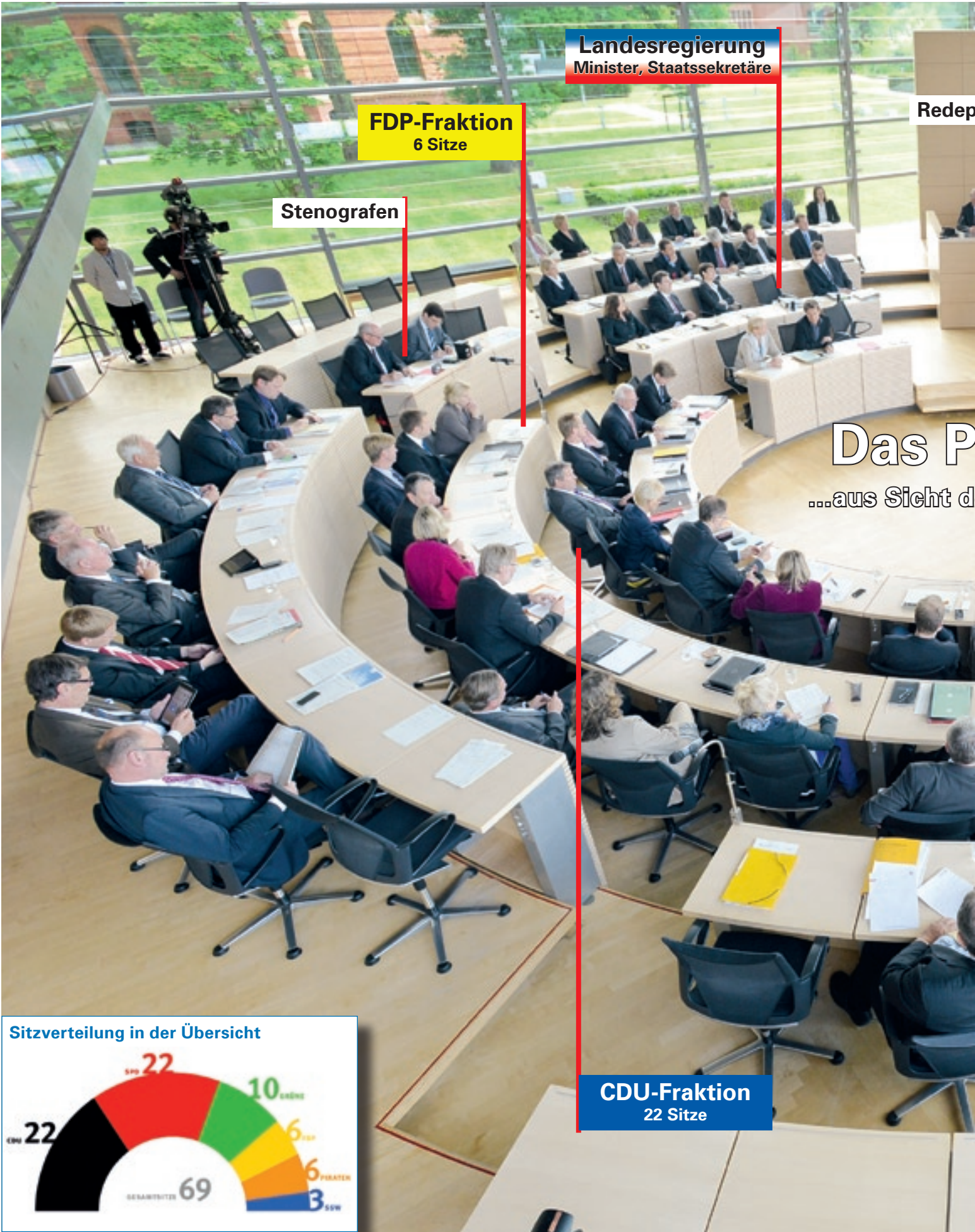


## Chef der Staatskanzlei: Stefan Studt

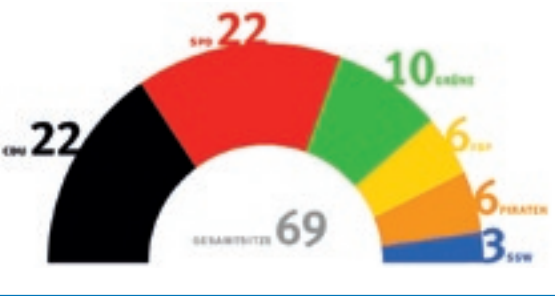
Die Staatskanzlei ist zuständig für Ressortkoordination, Bund-Länder-Koordination, Landesplanung sowie Landesvertretungen in Berlin und Brüssel



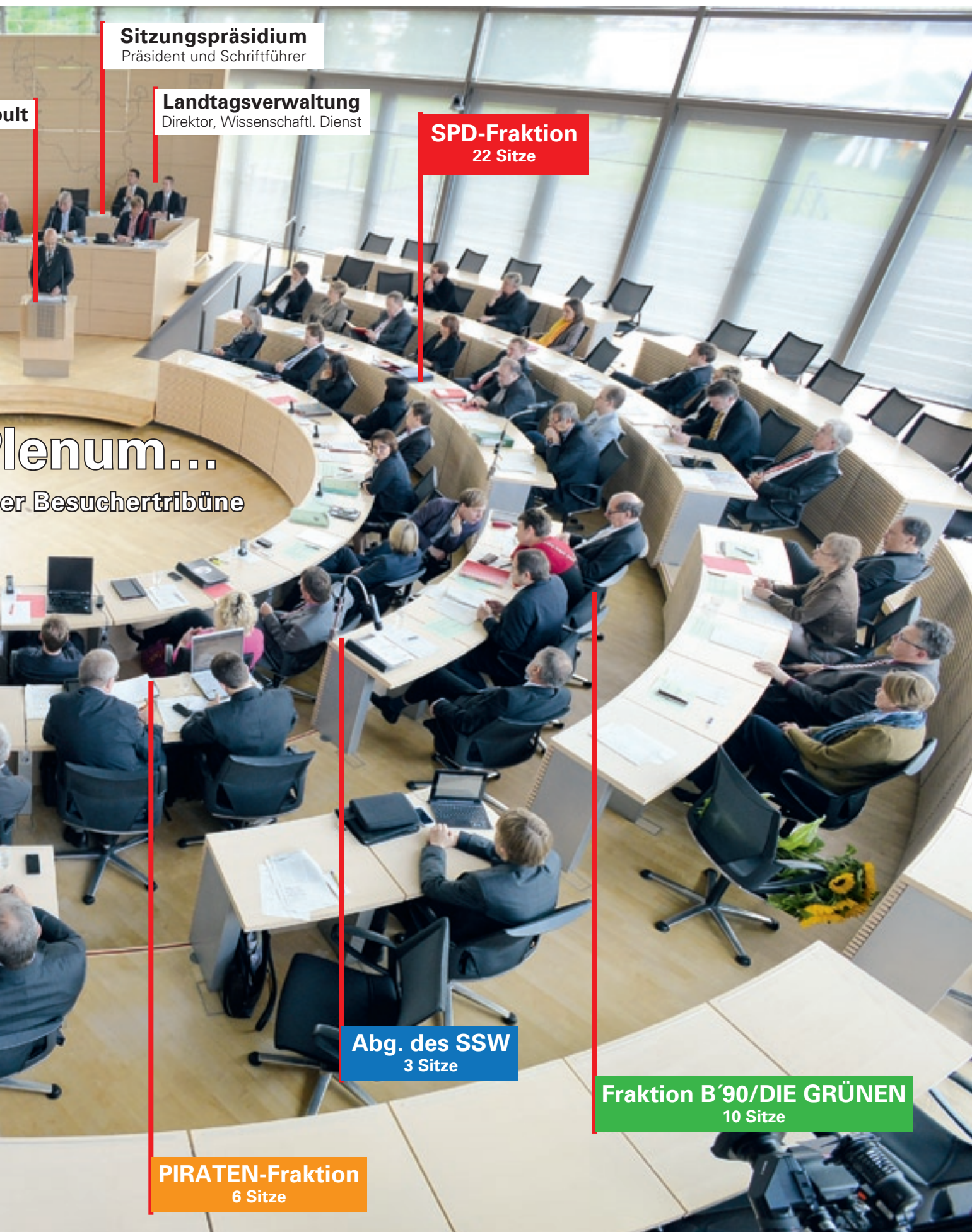
# Der Landtag nimmt Platz zur 18. Wahlperiode



Sitzverteilung in der Übersicht







**Sitzungspräsidium**  
Präsident und Schriftführer

**Landtagsverwaltung**  
Direktor, Wissenschaftl. Dienst

**SPD-Fraktion**  
22 Sitze

**Plenum...**  
Besuchertribüne

**Abg. des SSW**  
3 Sitze

**Fraktion B'90/DIE GRÜNEN**  
10 Sitze

**PIRATEN-Fraktion**  
6 Sitze



## Erste Regierungserklärung vor dem Landtag

# Albig will neue Diskussionskultur / CDU und FDP: „inhaltsleeres“ Programm

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) strebt eine neue „politische Kultur mit Dialog, Transparenz und Teilhabe“ an, um das Land voranzubringen. Einen Tag nach seiner Wahl warb er in seiner ersten Regierungserklärung vor dem Landtag fast 90 Minuten lang um Zustimmung für die von Sozialdemokraten, Grünen und SSW im Koalitionsvertrag fixierten Pläne. Albig lud Bürger, Kommunen und Verbände, aber auch die Opposition ein, „konstruktiv und partnerschaftlich“ mitzuarbeiten und „neue Horizonte“ für das Land zu erschließen. Schleswig-Holstein habe das Potenzial, in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Energieversorgung in der deutschen Spitze mitzumischen, so Albig. Allerdings sei aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht jedes Ziel der "Nord-Ampel" sofort zu erreichen. Lob für den versöhnlichen Ton von Albigs Antrittsrede zollte auch die neue schwarz-gelbe Opposition. Die joviale Art des Regierungschefs dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Koalition mit einem „inhaltsleeren“ und „rückwärts-gewandten“ Regierungsprogramm an den Start gehe.



**Ministerpräsident Torsten Albig (SPD):** „Schleswig-Holstein ist ein wunderbares Land. Wir werden es gut regieren.“

Albig kündigte Investitionen in KiTa, Schule und Hochschule an. „Wir können es nicht akzeptieren“, wenn der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nicht eingehalten werden kann, so Albig. Das Land dürfe sich hier „nicht aus der Verantwortung stehlen und die Kommunen allein lassen“. In einem ersten Schritt will sich das Land deshalb an den Betriebskosten beteiligen, ab 2013 mit 15 Millionen Euro. Bis 2017 soll die Summe auf 80 Millionen anwachsen. Er wolle auch die KiTa-Gebühren abschaffen, aber aufgrund der Haushaltslage „geht das noch nicht“. Um den „Schulfrieden“ wiederherzustellen, rief Albig Lehrer, Eltern und Schulträger auf, die „ausgestreckte Hand“ anzunehmen und sich an einer „Bildungskonferenz“ zu beteiligen.

In der Verkehrspolitik kündigte Albig „viel mehr Realismus und Pragmatismus“ im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerregierung an. Dies gelte etwa für die umstrittene Autobahn A20, die nach dem Willen der Koalition zunächst nur bis zur A7 weiter gebaut werden soll. Damit beende

die Koalition „eine politische Lebenslüge“, denn der Bund habe „nicht den Hauch einer Ahnung“, wie der Weiterbau und die geplante Elbquerung finanziert werden sollen. Gleiches gelte für die Fehmarnbelt-Querung: Die Kosten für die Hinterlandanbindung seien nicht absehbar. Berlin müsse hier „endlich Klarheit“ schaffen.

Damit Schleswig-Holstein zum Top-Energiestandort werden kann, müssten die Stromtrassen zügig ausgebaut werden. „Wir dürfen nicht vor dem Wut-Bürger und der Wut-Wirtschaft einknicken“, mahnte Albig. Die Bevölkerung rief er auf, sich an den Planungen für den Bau der Stromleitungen zu beteiligen und die Energiewende nicht durch eine „Verneinungs-Beteiligung“ zu Fall zu bringen.

Angesichts der öffentlichen Kritik an der erstmaligen Regierungs-beteiligung des SSW betonte Albig, Schleswig-Holstein habe eine Tradition der „klugen, besonnenen Minderheitenpolitik“. „Unser Land ist reif für diesen Schritt“, sagte Albig und verwies darauf, dass die Mehrheit der Menschen „genau von dieser Regierung regiert werden möchte“.

### **Callsen: Finanzpolitischer „Kurs ins Niemandsland“**

In seiner direkten Antwort warf der neue Oppositionsführer Johannes Callsen (CDU) der Regierungskoalition vor, „trotz der vielen netten Worte“ keine konkreten Lösungsansätze zu nennen. Callsen befürchtete, dass der von Albig angebotene Dialog mit den Menschen zur „Worthülse“ wird: „Sie sind für mehr Beteiligung, aber ihre Entscheidung steht bereits vor der Beteiligung fest.“ In der Verkehrspolitik biete die Koalition „Stücke aus dem Tollhaus“. Die Stadtrationalbahn



**Der neue Oppositionsführer im Landtag, Johannes Callsen (CDU), warf der Koalition vor, sich auf den „rot-grünen Spielwiesen der Vergangenheit“ zu tummeln, „die Schleswig-Holstein schon einmal in die Sackgasse geführt haben“**

Kiel, „die selbst in der Region nicht gewünscht wird“, erhalte nun landespolitische Priorität. Dagegen würden die Hinterlandanbindung der Fehmarnbelt-Querung und der Weiterbau der A20 blockiert; der Lübecker Flughafen werde einfach abgeschrieben.

Callsen kritisierte auch, dass die Koalition statt der ursprünglich geplanten 1.400 nur noch 700 Lehrerstellen abbauen will. Das werde die Qualität an den Schulen nicht verbessern, koste aber zusätzliches Geld. Grundsätzlich verspreche die Koalition viele teure Einzelmaßnahmen ohne ein Gesamtkonzept zur Finanzierung vorzulegen. „Sie fahren einen finanzpolitischen Kurs ins Niemandsland“, attackierte Callsen die Regierungsbank.



**SPD-Fraktionschef Ralf Stegner kündigte eine „ausgestreckte Hand“ für die politische Konkurrenz an – „aber auch leidenschaftliche Debatten um den richtigen Weg“**



## Stegner: Koalition hat eine „gemeinsame Idee“

Die Koalition habe eine „gemeinsame Idee für die Zukunft Schleswig-Holsteins“, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner. Eine zentrale Rolle spiele die Bildung. Sie



**Die neue Grünen-Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben betonte, die Koalition habe sich anspruchsvolle Ziele für die kommenden fünf Jahre gesetzt: „Da brauchen wir jeden einzelnen Tag, um unser ehrgeiziges Programm auszufüllen.“**



**Wolfgang Kubicki, Fraktionschef der FDP: „Im Oktober 2013, zu den Haushaltsberatungen 2014, wird diese Koalition zeigen müssen, ob sie wirklich mehr kann als Geld auszugeben, das sie dann nicht mehr hat.“**



**Wolfgang Dudda, innenpolitischer Sprecher der Piraten, lobte insbesondere die kritische Haltung der Koalition zur Vorratsdatenspeicherung: „Wir wünschen uns aber auch, dass dieses zarte Pflänzchen, das hier gepflanzt wurde, noch etwas größer werden kann.“**

entscheide über „Lebenschancen“. Als Schwerpunkte nannte Stegner das längere gemeinsame Lernen, mehr Inklusion und eine ausreichende Unterrichtsversorgung auf dem Land. Die Zukunft liege dabei in einem zweigliedrigen Schulsystem. Dies zeige sich auch in den anderen Bundesländern, verteidigte Stegner den anvisierten Umbau der Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen, der von Union und FDP abgelehnt wird.

Stegner kündigte zudem an, eine Reihe der schwarz-gelben Kürzungen aus der letzten Wahlperiode zurückzunehmen. „Frauenhäuser und Blindengeld sind für uns keine Almosen, sondern notwendige Mittel, um möglichst vielen in Schleswig-Holstein ein eigenständiges Leben zu ermöglichen.“ Und: Bürgerbegehren sollen erleichtert sowie das Wahlalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden.

## Von Kalben: Politik muss auf die Menschen zugehen

„Wir wollen in historisch schwierigen Zeiten beweisen, dass Schleswig-Holstein politikfähig ist“, gab die neue Fraktionsvorsitzende der Grünen, Eka von Kalben, in ihrer ersten Rede im Landtag als Motto aus. Die Politik müsse „raus aus den Schützengräben“ und „Brücken bauen“ hin zu den Bürgern. So solle es künftig „keine Schulpolitik von oben“ geben. Auf der angekündigten „Bildungskonferenz“ sollten Betroffene zu Beteiligten werden, damit ein Schulfrieden erreicht wird, „der ein Jahrzehnt hält“.

Auch bei der Gestaltung der Energiewende sollten die Menschen mitbestimmen: „Wer frühzeitig Bürgerbeteiligung organisiert, muss später nicht mit Bürgerprotest leben.“ Und: Es gelte den Menschen zu erklären, „warum wir aus der Schuldenfalle heraus müssen“. Jeder Euro für Zinsen und Tilgung fehle an anderer Stelle, unterstrich von Kalben.

## Kubicki: Viel „Lyrik“ aber keine Visionen

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki nannte die Pläne der neuen Regierungskoalition „scheu, mutlos und rückwärtsgewandt“. Kritik übte er vor allem an der Verkehrspolitik von SPD, Grünen und SSW: „Mit Ihrem Richtungswechsel bei der festen Fehmarnbelt-Querung und der A20 sorgen Sie dafür, dass das Zusammenwachsen Europas behindert und nicht gefördert wird.“

Auch an der geplanten Abschaffung der Bäderregelung, der Umgestaltung der Regionalschulen und der vorgesehenen Kennzeichnungspflicht für Polizisten ließ Kubicki kein gutes Haar. Und: Der Koalition gehe es „vor allem

um das Mehr-Geld-Ausgeben“. Mit der Haushaltskonsolidierung wolle sich die „Nord-Ampel“ nicht beschäftigen. Kubicki zog das Fazit: „Der Koalitionsvertrag ist gespickt mit viel Lyrik, wenig Politik, kaum Ideen und keinen Visionen.“

## Piraten: Lob und Tadel für die Koalition

Viel Lob, aber auch Kritik an den Regierungsplänen kam von Seiten der Piraten. Wolfgang Dudda, der sich mit drei Kollegen seiner Fraktion die Redezeit teilte, begrüßte vor allem die ablehnende Haltung der Koalition zur Vorratsdatenspeicherung. Dudda lobte auch die sozialpolitischen Ziele des neuen Regierungsbündnisses, kritisierte aber, dass es für „viele gute Ideen“ bislang keine Gegenfinanzierung gebe. Sein Fraktionskollege Sven Krumbek warf SPD, Grünen und SSW vor, in der Schulpolitik gegen den selbst auferlegten Politikstil des Dialogs zu verstoßen. Ohne mit den betroffenen Gymnasien zu sprechen, werde „von oben herab“ bestimmt, dass sie sich zwischen G8 und G9 entscheiden müssten. Angelika Beer monierte, die europapolitischen Vorstellungen der Koalition seien „sehr unkonkret“. Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung bei der Arbeit des Landtages forderte Uli König. So sollten Ausschusssitzungen grundsätzlich direkt im Internet übertragen werden.

## Harms: „gerechtere und klügere Politik“

Die erstmalige Beteiligung des SSW an der Landesregierung sei „ein historischer Schritt, der in ganz Europa von Bedeutung ist“, betonte der neue Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms. Er verwahrte sich zugleich gegen die Kritik, die „Nord-Ampel“ lege den Schwerpunkt auf den nördlichen Landesteil: „Die Koalition tritt für das ganze Land an.“

Harms warf Schwarz-Gelb in Bund und Land Versäumnisse bei den großen Verkehrsprojekten vor. So sei es „längst überfällig“, die Kostenschätzung für die geplante Fehmarnbelt-Querung zu überprüfen, wie es die neue Koalition nun anmahnt. Grundsätzlich wolle das rot-grün-blaue Bündnis eine „gerechtere, klügere und weitsichtigere Politik“ betreiben. Man werde den Haushalt konsolidieren, ohne „mit dem Sparschäler durchs Land zu ziehen“, so Harms. ■



**Der Vorsitzende des SSW im Landtag, Lars Harms, strich heraus: „Wir werden die verschiedenen Regionen im Land vertreten und neue Verbindungen zu unseren Nachbarn schaffen.“**

## Geschäftsordnung vor Reform?

**Die neu ins Parlament gewählten Piraten wollen „mehr Transparenz wagen“ und die Arbeit des Landtages anschaulicher für die Bürger gestalten.**

Sie wollen unter anderem erreichen, dass der Ältestenrat in der Regel öffentlich tagt und dass Ausschusssitzungen direkt im Internet übertragen werden. Das sieht ein umfangreicher Änderungskatalog vor, mit dem die Piraten die Geschäftsordnung des Landtages umschreiben wollen. „Wir sind der Überzeugung, dass all das, was wir als Volksvertreter tun, für die Menschen nachvollziehbar sein muss“, betonte Piraten-Fraktionschef Patrick Breyer im Plenum. Die anderen Fraktionen gaben keine Statements ab. Das Piraten-Papier wird nun im Innen- und Rechtsausschuss behandelt.

Die alte Geschäftsordnung bleibt bis auf Weiteres in Kraft, sie soll aber im Ausschuss überarbeitet werden, „um gesellschaftlichen Änderungen gerecht zu werden“. Darauf haben sich alle Fraktionen verständigt.

Weitere Forderungen der Piraten-Fraktion: Schriftliche Protokolle und die Korrespondenz des Landtages sollen nach spätestens zwei Tagen im Internet einsehbar sein, und die Diskussion über die Finanzierung der Fraktionsarbeit soll öffentlich geführt werden können. Zudem wollen die Piraten die Rechte einzelner Abgeordneter stärken. ■

## Volksinitiativen mit Teilerfolg

**Die zwei Volksinitiativen des „Bündnisses für mehr Demokratie in Schleswig-Holstein“ sind im Landtag teilweise auf Zuspruch gestoßen.**

So hat der Landtag auf Drängen des Bündnisses die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat für eine Grundgesetzänderung einzusetzen, die bundesweite Volksabstimmungen ermöglicht. Lediglich die CDU war dagegen. Begründung: Kleinere Bundesländer wie Schleswig-Holstein könnten untergebuttert werden, wenn die Wähler in den bevölkerungsstarken Ländern ausschließlich die Interessen ihrer eigenen Region vertreten.

Demgegenüber hat der Landtag den Vorstoß für eine Vereinfachung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene mehrheitlich abgelehnt. CDU, SPD, Grüne und SSW waren zwar mit einigen der Vorschläge einverstanden. Da das Parlament der angestrebten Änderung der Gemeinde- und der Kreisordnung aber nur in Gänze zustimmen oder sie vollständig ablehnen kann, votierten sie letztlich dagegen. Lediglich FDP und Piraten waren dafür.

Kernpunkte der Initiative: Bürger sollten auch über die Bauleitplanung entscheiden können, und das Zustimmungsquorum bei Bürgerentscheiden von bislang 20 Prozent sollte abgeschafft werden. Jeweils mehr als 22.000 Schleswig-Holsteiner hatten die Volksinitiative unterstützt. ■

## Kurz behandelt

**Karfreitagsruhe:** Sollen am Karfreitag Tanz- und Musikveranstaltungen erlaubt sein oder nicht? Zu dieser Frage will der Landtag zurzeit keine Stellungnahme abgeben. Hintergrund ist ein Streitfall vor dem Bundesverfassungsgericht. Dort haben die Veranstalter eines für den Karfreitag 2007 geplanten "Freigeister-Tanzes" in München gegen das Verbot der Veranstaltung durch die bayrische Landeshauptstadt geklagt (Az.: 1 BvR 458/10). Karlsruhe hat auch den Schleswig-Holsteinischen Landtag um eine Stellungnahme gebeten. Dies wurde nun aber von SPD, Grünen, FDP und SSW abgelehnt. CDU und Piraten hatten dagegen eine Meinungsäußerung des Parlaments gefordert. Während die CDU darauf pocht, die Karfreitagsruhe als christlichen Wert zu erhalten, greift ein „Generalverbot“ nach Ansicht der Piraten „übermäßig in Grundrechte ein, solange die Veranstaltung die Religionsausübung nicht konkret beeinträchtigt“.

(Drucksachen 18/16, /21)

**Immunität:** Die Immunitätsregeln der letzten Wahlperiode behalten ihre Gültigkeit. Der Landtag hat damit festgelegt, wie die in der Verfassung verankerte Immunität der Abgeordneten durch die Behörden auszulegen ist. Eventuelle Ermittlungen und Strafverfahren gegen Abgeordnete werden demnach unter strengen Auflagen genehmigt. Eine breite Mehrheit votierte für den entsprechenden Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW. Die Piraten, von denen fünf Vertreter dagegen stimmten, fordern hingegen, das Regelwerk zu überprüfen. Es sei zu klären, ob die Immunitätsregeln noch zeit- und verfassungsgemäß sind. Dies wird nun im Innen- und Rechtsausschuss weiter beraten.

(Drucksachen 18/7, /8)

**Verfassungsschutz:** Der Landtag hat die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission für den Verfassungsschutz gewählt. Johannes Callsen (CDU), Ralf Stegner (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP), Uli König (Piraten) und Lars Harms (SSW) vertreten dort ihre Fraktionen. Die Landesregierung muss die Kommission mindestens einmal im Vierteljahr umfassend über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes unterrichten.

(Drucksachen 18/12, /14, /17, /18, /19, /20)

## Wahl-Klagen

Gegen das Wahlergebnis vom 6. Mai haben rund ein Dutzend Bürger Einspruch bei Landeswahlleiterin Manuela Söller-Winkler eingelegt. Das bestätigte ihr Büro Anfang Juni. Dabei geht es beispielsweise um die Befreiung des SSW von der Fünfprozenthürde, um Beschwerden über eine angebliche staatliche Einflussnahme auf den Wahlkampf oder um die Berechtigung der Sperrklausel an sich. Die Landeswahlleiterin wird einen Vorprüfungsbericht und eine Stellungnahme zu den Einsprüchen an den Landtag übermitteln. Dessen Wahlprüfungsausschuss wird sich mit den Einsprüchen befassen und dem Landtag eine Empfehlung aussprechen. Sollte der Landtag die Einsprüche verwerfen, können Beschwerdeführer in letzter Instanz das Landesverfassungsgericht anrufen. ■

## Pairing-Abkommen

Auch in der neuen Wahlperiode gibt es wieder sogenannte Pairing-Abkommen zwischen den Fraktionen. Das bedeutet: Sollte ein Abgeordneter einer Regierungsfraktion bei einer Abstimmung krank oder anderweitig verhindert sein, verzichtet ein Oppositionsabgeordneter auf die Teilnahme. Damit soll garantiert werden, dass sich das Wahlergebnis in den Entscheidungen des Parlaments widerspiegelt. Die SPD hat ein solches Abkommen mit der FDP abgeschlossen, und die CDU bietet das Pairing allen Regierungsfractionen an. Demgegenüber haben es die Piraten abgelehnt, mit dem SSW das Pairing zu vereinbaren. Parlamentarische Mehrheiten sollten sich „ohne Fraktionszwang aus der freien Überzeugung aller Volksvertreter bilden“, hieß es zur Begründung. ■



**B**ereits kurz nach der Wahl sind in den Fraktionen die ersten Personalentscheidungen gefallen. Pünktlich zur ersten Zusammenkunft des Landtages haben CDU, SPD, Grüne, Piraten, FDP und SSW ihre Führungsriege komplettiert:

**CDU:** Johannes Callsen wurde in seinem Amt als Fraktionschef bestätigt. Astrid Damerow, Tobias Koch und Katja Rathje-Hoffmann wurden zu seinen Stellvertretern gewählt, **Hans-Jörn Arp** zum Parlamentarischen Geschäftsführer.

**SPD:** Auch die Führungsmannschaft der Sozialdemokraten ist komplett. Neben **Ralf Stegner** als Vorsitzenden

## Kurz notiert - Personalien -

gehören dem geschäftsführenden Fraktionsvorstand als Stellvertreter Serpil Midyatli, Martin Habersaat sowie Gitta Trauernicht und als Parlamentarische Geschäftsführerin **Birgit Herdejürgen** an.

**Grüne:** **Eka von Kalben** ist neue Fraktionschefin und löst Robert Habeck ab, der als Minister auf sein Landtagsmandat verzichtet hat. Rasmus Andresen bleibt Stellvertreter. Zweiter Stellvertreter ist Andreas Tietze. Das Amt der Parlamentarischen Geschäftsführerin übernimmt **Marret Bohn**.

**FDP:** Die Liberalen im Landtag werden weiterhin von **Wolfgang Kubicki** geführt. Christopher Vogt ist Stellvertretender Vorsitzender, **Heiner Garg** Parlamentarischer Geschäftsführer.

**Piraten:** Schon kurz nach der Wahl stand die Fraktionsführung der Neulinge fest. **Patrick Breyer** steht der neuen Landtagsfraktion als Vorsitzender vor, **Torge Schmidt** hat das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers übernommen.

**SSW:** Nach dem Wechsel von Anke Spoorendonk ins Justizministerium übernimmt **Lars Harms** die Führung des SSW im Landtag. Sein Stellvertreter ist Flemming Meyer.

# Die ständigen Ausschüsse des 18. Landtages

In den Ausschüssen des Parlaments treffen sich die Fachpolitiker der Fraktionen und beraten intensiv ihre Themengebiete. Die Ausschüsse spielen beispielsweise bei der Gesetzgebung eine zentrale Rolle, weil hier Experten und Betroffene angehört und Gesetzestexte ausformuliert werden.

Durch die Einrichtung von Ausschüssen wird eine effektive Aufteilung der parlamentarischen Arbeit ermöglicht. Die Ausschüsse treffen sich mindestens ein- bis zwei-

mal monatlich. Ausschusssitzungen sind in der Regel öffentlich. Dies gilt allerdings nicht für den Petitionsausschuss, der sich mit Beschwerden von Bürgern über Ämter und Ver-

waltungen befasst. Die persönlichen Angelegenheiten einzelner Bürger unterliegen dem Datenschutz.

Die Ausschüsse haben elf Mitglieder und spiegeln die Mehrheitsverhältnisse im Landtag wider: SPD (drei Sitze), Grüne (zwei) und SSW (ein Sitz) können auch hier mit ihrer Mehrheit Beschlüsse gegen die Opposition durchsetzen. Die anderen Ausschusssitze gehen an die CDU (drei) an die FDP und die Piraten (je einer). Auch hier bildet der Petitionsausschuss eine Ausnahme: Er hat 13 Mitglieder, je vier von CDU und SPD.

## Innen- und Rechtsausschuss

**Vorsitz:**  
**Barbara Ostmeier (CDU)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Simone Lange (SPD)

Weitere Mitglieder: A. Bernstein (CDU), P. Nicolaisen (CDU), K. Dolgner (SPD), T. von Pein (SPD), I. Strehlau (Grüne), B. Peters (Grüne), W. Kubicki (FDP), W. Dudda (Piraten), L. Harms (SSW)

Geschäftsführerin: Oberregierungs-rätin Dörte Schönfelder

## Bildungsausschuss

**Vorsitz:**  
**Anke Erdmann (Grüne)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Beate Raudies (SPD)

Weitere Mitglieder: H. Franzen (CDU), D. Günther (CDU), H. Rickers (CDU), M. Habersaat (SPD), K. Vogel (SPD), I. Strehlau (Grüne), A. Klahn (FDP), S. Krumbeck (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW)

Geschäftsführer: Regierungsdirektor Ole Schmidt

## Wirtschaftsausschuss

**Vorsitz:**  
**Christopher Vogt (FDP)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Hartmut Hamerich (CDU)

Weitere Mitglieder: V. Dornquast (CDU), J.-C. Magnusen (CDU), S. Midyatli (SPD), O. Schulze (SPD), K. Vogel (SPD), A. Tietze (Grüne), D. Matthiessen (Grüne), P. Breyer (Piraten), F. Meyer (SSW)

Geschäftsführer: Referent Thomas Wagner

## Umwelt- und Agrarausschuss

**Vorsitz:**  
**Hauke Götsch (CDU)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Marlies Fritzen (Grüne)

Weitere Mitglieder: K. Jensen (CDU), H. Rickers (CDU), K. Eickhoff-Weber (SPD), S. Redmann (SPD), G. Trauernicht (SPD), B. Voß (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), A. Beer (Piraten), F. Meyer (SSW)

Geschäftsführerin: Regierungsdirektorin Petra Tschanter

## Finanzausschuss

**Vorsitz:**  
**Thomas Rother (SPD)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Peter Sönnichsen (CDU)

Weitere Mitglieder: T. Koch (CDU), H. H. Neve (CDU), B. Herdejürgen (SPD), L. Winter (SPD), R. Andresen (Grüne), E. von Kalben (Grüne), H. Garg (FDP), T. Schmidt (Piraten), L. Harms (SSW)

Geschäftsführer: Regierungsdirektor Ole Schmidt

## Sozialausschuss

**Vorsitz:**  
**Peter Eichstädt (SPD)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Wolfgang Dudda (Piraten)

Weitere Mitglieder: H. Franzen (CDU), K. Jasper (CDU), K. Rathje-Hoffmann (CDU), W. Baasch (SPD), B. Pauls (SPD), M. Bohn (Grüne), A. Tietze (Grüne), A. Klahn (FDP), F. Meyer (SSW)

Geschäftsführerin: Regierungsdirektorin Petra Tschanter

## Europaausschuss

**Vorsitz:**  
**Peter Lehnert (CDU)**  
stellvertretender Vorsitz:  
Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Mitglieder: A. Damerow (CDU), R. Wiegand (CDU), B. Pauls (SPD), R. Pörsch (SPD), J. Weber (SPD), R. Andresen (Grüne), B. Voß (Grüne), A. Beer (Piraten), J. Waldinger-Thiering (SSW)

Geschäftsführer: Referent Thomas Wagner

## Petitionsausschuss

**Vorsitz:**  
**Uli König (Piraten)**  
stellv.: Volker Dornquast (CDU)

Weitere Mitglieder: H. Götsch (CDU), K. Jensen (CDU), H. H. Neve (CDU), B. Heinemann (SPD), T. von Pein (SPD), B. Raudies (SPD), J. Weber (SPD), D. Matthiessen (Grüne), B. Peters (Grüne), O. Kumbartzky (FDP), J. Waldinger-Thiering (SSW)

Gf.: OAR'in Claudia Ringat

# „Ich bin überzeugter Parlamentarier“

Das Neutralitätsgebot ist oberstes Gebot. Aber, so Schlie:  
„Ich habe meine politischen Grundüberzeugungen“

**Herr Schlie, seit einer Woche ist dies Ihr neues Büro – haben Sie sich schon eingelebt?**

Noch nicht ganz. Aber in der parlamentarischen Sommerpause werde ich genug Zeit haben, die Arbeit hier intensiver kennenzulernen. Mit der guten Mannschaft, die ich hier vorgefunden habe, werde ich sicherlich die Arbeitsstrukturen schnell durchschauen und mich rasch einleben.

**Wann haben Sie sich zur Kandidatur entschieden?**

Wenige Tage vor der Präsidentenwahl bin ich von unserem Landesvorsitzenden Jost de Jager und unserem Fraktionsvorsitzenden Johannes Callen gefragt worden, ob ich dieses Amt ausführen würde. Nach der für die Union verloren gegangenen Landtagswahl hatte ich mich schon darauf eingestellt, mich in der Fraktion um Kulturfragen und Medienpolitik zu kümmern. Das Amt des Landtagspräsidenten hatte ich ehrlich gesagt nicht im Visier.

**Und wie lange mussten Sie überlegen?**

Nur wenige Stunden. Ich bin seit 1996 Landtagsabgeordneter, und ich bin überzeugter Parlamentarier, obwohl ich zwischendurch auch mal viereinhalb Jahre lang beamteter Staatssekretär war und in dieser Zeit mein Mandat niedergelegt hatte. Landtagspräsident zu sein, ist eine tolle Herausforderung.

**Als Parlamentsoberhaupt möchten Sie „über alle Partei- und Fraktions-**

## Zur Person: Klaus Schlie

Geb. am 14. Mai 1954 in Mölln, verh., drei Kinder. Wohnh. in Mölln. Real- schullehrer. 1971 Eintritt in die JU, 1972 in die CDU. Von 1978 bis 2005 Mitglied des Kreistages Herzogtum Lauenburg, Mitglied des Landtages von 1996 bis 2005 sowie seit 2009, u.a. stellv. CDU-Fraktionschef. Seit 1999 CDU-Kreisvors. im Kreis Herzogtum Lauenburg. Von 2005 bis 2009 Staatssekretär für Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung, von 2009 bis 2012 Innenminister, ab dem 5. Juni Landtagspräsident.



Landtagspräsident Schlie in seinem neuen Büro: „Ich werde mich rasch einleben, ich habe eine gute Mannschaft“

**grenzen hinweg“ wirken. Dies haben Sie in Ihrer Antrittsrede betont. Zuvor waren in den Medien Begriffe über Sie zu lesen wie „kluger Taktiker“ oder auch „Hardliner“. Als Präsident müssen Sie sich nun in der politischen Auseinandersetzung ein Stück weit zurücknehmen. Wird Ihnen das schwerfallen?**

Ich denke, das kriege ich mit meinem Parlamentsverständnis und meiner politischen Erfahrung ganz gut hin. Als Oppositionspolitiker habe ich rhetorisch nicht immer mit dem Florett gefochten, sondern die Regierung vor allem inhaltlich hart kritisiert. Als Staatssekretär und als Innenminister ist man dafür da, die politischen Inhalte der Koalition durchzusetzen. Insofern gab es immer bestimmte Rollenbilder von mir. Als Stier-Gebo- rener bin ich jemand, der impulsiv vorgegangen ist – wobei sich das mit zunehmendem Lebensalter abschleift. Aber als Landtagspräsident werde ich so verfahren, wie ich es in meiner Antrittsrede beschrieben habe.

**Wie war die Atmosphäre, als Sie zum ersten Mal mit Ihren politischen Kontrahenten aus der letzten Wahlperiode im Ältestenrat an einem Tisch saßen?**

Sehr gut, konstruktiv, entspannt. Ich war bereits am Tag vor meiner Wahl in allen Fraktionen gewesen und habe dort vom Klima her sehr angenehme Gespräche führen können.

**Mit dem Ergebnis – 56 der 69 Abgeordneten haben Sie gewählt – waren Sie sicherlich zufrieden...**

Ja, das hat mich gefreut. Dieses wirklich gute Ergebnis ist eine prima Grundlage dafür, dass ich dem Anspruch, den ich formuliert habe, gerecht werden kann.

**Einige Ihrer Vorgänger haben sich im Laufe ihrer Präsidentschaft ein Stück weit von der eigenen Fraktion entfernt und sehr eigenständige Positionen vertreten...**

In meiner Funktion als Landtagspräsident habe ich das Neutralitätsgebot zu wahren, und das werde ich auch tun. Deswegen bleibe ich aber kein parteipolitisch ungebundener Mensch. Ich bin seit meinem 18. Lebensjahr Mitglied der CDU, ich habe meine politischen Grundüberzeugungen.

**Ihre Amtsvorgänger hatten ein Kernanliegen, das sie besonders nachdrücklich vertreten haben. Bei Heinz-Werner Arens und Martin Kayenburg war dies die Föderalismusreform, bei Torsten Geerdts die Modernisierung des Parlamentarismus. Welches Thema wird das Leitmotiv Ihrer Präsidentschaft?**

Im Moment will ich mich da noch nicht konkret festlegen. Ein Schwerpunkt wird es aber sicherlich sein, nach außen hin noch besser darzustellen, was wir als Parlamentarier für die Bürgerinnen und Bürger leisten. Ich will dazu beitragen, dass die Teilhabe an politischen Gestaltungsprozessen größer wird, insbesondere an den Wahlen. 60 Prozent Beteiligung ist völlig unbefriedigend.

**Nicht zuletzt durch den Einzug der Piraten werden Forderungen nach mehr Transparenz in der parlamentarischen Arbeit immer lauter.**

Politische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern kann nur dann stattfinden, wenn transparent dargestellt wird, wie politische Entscheidungsprozesse ablaufen. Deswegen bin ich übrigens sehr froh darüber, dass auch die politische Bildungsarbeit hier beim Landtagspräsidenten angesiedelt ist. Die Herausforderungen in Sachen Transparenz liegen schon auf



dem Tisch. Dies ist übrigens keine Erfindung der Piraten-Fraktion...

**...die beispielsweise auch fordert, dass der Ältestenrat öffentlich tagt und die Sitzungen im Internet übertragen werden. Wie stehen Sie zu dieser Idee?**

Ich verschließe mich als neuer Landtagspräsident einer offenen Diskussion hierüber selbstverständlich nicht, ich sage aber auch: Es ist notwendig, bestimmte Dinge vertraulich zu behandeln. Bei allem Streben nach Digitalisierung muss noch Platz für menschliche Nähe bleiben, damit Parlamentarier Vertrauen zueinander entwickeln können.

**Schon länger kritisieren Besuchergruppen häufig die Disziplin und die Abläufe im Plenarsaal. Muss der Landtag sein äußeres Erscheinungsbild verbessern, etwa über Änderungen an der Geschäftsordnung?**

Geschäftsordnungsformulierungen sind nicht der entscheidende Punkt. Zum einen müssen wir als Parlamentarier immer wieder unser eigenes Verhalten im Parlament reflektieren, zum anderen müssen wir Besuchern besser erklären, wie parlamenta-

rische Arbeit funktioniert. Es ist eben nicht so, dass bei Landtagssitzungen 69 Abgeordnete jeden Tag sechs Stunden ruhig sitzen. Es gehört zum Parlamentarismus dazu, dass es aktiv zugeht, dass Zwischenrufe gemacht werden und dass Abgeordnete den Plenarsaal verlassen – in der Regel übrigens aus sehr guten Gründen. Und wir müssen erklären, dass die Vorarbeit in ganz wesentlichem Maße in den Fraktionsarbeitskreisen und den Ausschüssen geleistet wird.

**Frustriert es Politiker nicht, wenn in den Medien, gemessen an der Vielzahl der Beratungspunkte, oftmals nichts oder nur in äußerst geringer Resonanz berichtet wird?**

Nein, das ist nicht frustrierend, eher bedauerlich. Dennoch müssen wir Abgeordneten uns fragen, ob eine Tagesordnung mit 83 Punkten und zahlreichen Einzelementen, Initiativen, Anträgen überhaupt noch wahrgenommen werden kann – sowohl von den Journalisten als auch von den Bürgern.

**Als Innenminister waren Sie zuletzt bundesweit in den Schlagzeilen, weil Sie hart gegen kriminelle Rocker-**

**banden vorgegangen sind. Das hatte auch Konsequenzen für Ihr Privatleben: Sie standen zwischenzeitlich unter Personenschutz. Wie lebt man mit einer solchen Einschränkung im persönlichen Umfeld?**

Ich habe in der gesamten Zeit als Innenminister durch die Nähe der Personenschützer nie ein mulmiges Gefühl gehabt, habe mich nie in irgendeiner Weise in meinem persönlichen Freiheitsraum eingeengt gefühlt – meine Familie übrigens auch nicht.

**...aber Ihrer Frau ist sicherlich doch ein kleiner Stein vom Herzen gefallen, dass Sie jetzt als Landtagspräsident ein wenig aus dem innenpolitischen Rampenlicht heraus sind?**

Nicht unbedingt. Meine Frau hätte es mir gegönnt, noch ein paar Jahre als Minister weiter zu machen – trotz der Einschränkungen im Privatleben und der wenigen Zeit füreinander. Aber sie findet es gut, dass wir nun auch Termine öfters gemeinsam wahrnehmen können. Das war als Minister nur eingeschränkt möglich.

Das Interview führten Karsten Blaas und Detlef Ziep / Fotos: T. Eisenkrätzer



„Wir müssen uns fragen, ob eine Tagesordnung mit 83 Punkten überhaupt noch wahrgenommen werden kann“

## Wi snackt platt

Emmi-Sieger  
im Landtag  
gekürt



Die Fünftklässler der Regionalschule Niebüll freuen sich mit Lehrerin Marlene Gottburgsen (re.) über die Emmi

Egal ob im Kindergarten, in der Schule oder in der Theatergruppe – sie snacken op Platt und halten die niederdeutsche Sprache im Norden lebendig: Die Sieger der diesjährigen "Emmi för Plattdütsch in Sleswig-Holsteen", der Auszeichnung für die Förderung des Niederdeutschen im Alltag. Mitte Juni haben Landtag, Bildungsministerium und Heimatbund den Preis an die fünf Gewinner verliehen.

Über 20 Bewerber konkurrierten in diesem Jahr um die Emmi, in fünf Kategorien wurde der Preis vergeben. Die Auszeichnung in der Kategorie Kindertagesstätten ging an die KiTa Einfeld aus Neumünster. Hier sprechen und singen die Kinder in einer Gruppe nur op Platt.

Die Schüler der Klasse 3b aus Schlamersdorf (Kreis Segeberg) erhielten die Emmi für den Bereich Grundschulen, und die Klasse 5e der Regionalschule Niebüll, die in Zusammenarbeit mit der Berufsfachschule für Sozialpädagogik teilgenommen hatte, freute sich über die

Auszeichnung in der Kategorie weiterführende Schulen. Im ehrenamtlichen Bereich gewann die Kinder- und Jugendtheatergruppe Horstedt aus Nordfriesland. Für ihre Bachelorarbeit über "Methodische Überlegungen zum Zweitspracherwerb des Niederdeutschen in der Schule" wurde schließlich noch Svenja Bendixen von der Uni Flensburg in der Kategorie Fachhochschulen und Universitäten ausgezeichnet.

Landtagspräsident Klaus Schlie, der den stolzen Siegern die 30 Zentimeter hohe Emmi überreichte, zeigte sich begeistert, dass insbesondere junge Leute mit diesem Preis ausgezeichnet werden. „Das ist ein gutes Zeichen für die Zukunft des Niederdeutschen“, sagt er. Zugleich zeige sich an der Brandbreite der Niederdeutsch-Initiativen auch, wie vielfältig Plattdeutsch im Alltag gefördert werden könne.

Die Plattdütsch-Emmi wird seit vergangenem Jahr einmal jährlich verliehen und ist der Nachfolger des Plattdeutschen Schul-Siegels.

## Impressum

**Herausgeber:** Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

**Redaktion:** Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 7121, 24171 Kiel  
Annette Wiese-Krukowska (verantwortlich), Tel.: 0431/988-1116,  
E-Mail: awk@landtag.ltsh.de  
Detlef Ziep, Tel.: 0431/988-1527,  
E-Mail: detlef.ziep@landtag.ltsh.de  
Karsten Blaas, Tel.: 0431/988-1125,  
E-Mail: karsten.blaas@landtag.ltsh.de  
Melanie Walfort,  
E-Mail: melanie.walfort@landtag.ltsh.de

**Fotos/Grafiken:** M. August, K. Blaas, T. Eisenkrätzer, R. Simon, M. Walfort, Detlef Ziep

### Satz, Grafik und Druck:

Schmidt & Klaunig, Medienhaus Kiel, Ringstr. 19, 24114 Kiel

### Bezug der Landtagszeitung:

(Abonnement u. Versand kostenfrei)  
**Landtag Schleswig-Holstein,**  
**Öffentlichkeitsarbeit, L108,**  
**Postfach 7121, 24171 Kiel oder**  
**Telefon: 0431/988-1163**  
**(Fax: 988 -1119) oder**  
**E-Mail: bestellungen@landtag.ltsh.de**

Die Zeitung erscheint zehnmal jährlich, jeweils wenige Tage vor jeder Plenartagung. Sie wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)**



Nr. 6/2012 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-  
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen  
und korrigiert **zurücksenden an:**  
**Schleswig-Holsteinischer Landtag,**  
**Referat für Öffentlichkeitsarbeit,**  
**L108, Postfach 7121, 24171 Kiel**

## Der Landtag läuft...



**D**ass die Verwaltung im Landeshaus nicht nur Bürostühle drückt, sondern durchaus sportlich aktiv ist, das zeigten zwölf Landtagsmitarbeiter beim diesjährigen Firmenlauf in Kiel. Verstärkt durch je einen Fraktionsmitarbeiter von CDU und Grünen benötigten sie für die 4,5 Kilometer lange Strecke rund um die Hafenspitze durchschnittlich 24 Minuten und erreichten unter 150 teilnehmenden Unternehmen und Institutionen einen beachtlichen 63. Platz. In der Wertung der drei schnellsten Läufer langte es für einen 40. Platz. Nicht ohne Stolz resümierte Teamchef Ole Schmidt, dass die Läufer der Landeshauptstadt und der Kieler Uni vom Landtagsteam nur die Hacken sahen. „Nächstes Jahr wollen wir mit noch mehr Unterstützung aus den Reihen der Fraktionen und Abgeordneten noch schneller werden“, kündigte Schmidt an. Dann wollen die Läufer aus dem Parlament insbesondere der Landes-FDP und dem Innenministerium Paroli bieten, denen sie diesmal noch den Vortritt lassen mussten.

## Buntes Schleswig-Holstein im "Mosaik der Kulturen"

Über 200 Jugendliche haben sich in 15 Teams am Schulwettbewerb "Schleswig-Holstein – Mosaik der Kulturen" beteiligt, den die Landeszentrale für politische Bildung ausgerufen hatte. Bei der Abschlussveranstaltung Anfang Juni im Landtag präsentierten die Schüler ihre Ergebnisse. Das Team der Johann-Comenius-Schule Thesdorf aus Pinneberg holte sich den ersten Preis und gewann eine Fahrt nach Berlin.

Über die Plätze zwei und drei konnten sich die Teilnehmer der Flensburger Handelslehranstalt sowie des Theodor-Momm-sen-Gymnasiums Bad Oldesloe freuen. Die Schüler zwischen 14 und 18 Jahren hatten die Aufgabe, sich in ihren Heimatorten auf Spurensuche zu begeben und Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft nach deren Lebenserfahrungen zu befragen sowie Biographien zu erstellen.

Auf Bildern und Plakaten, die eine Woche im Landtag ausgestellt wurden, sowie mit aufgezeichneten Interviews stellten die Siebt- bis Elftklässler dar, wie fremde Kulturen in ihren Heimatorten das Leben beeinflussen und wie bunt das Stadt- und Gemeindeleben im Norden dadurch wird. Ziel des Wettbewerbs war es, sich nicht nur theoretisch mit den Begriffen Integration und Respekt auseinanderzusetzen. Denn, so Annette Wiese-Krukowska, Leiterin der Landeszentrale und Mitglied der fünfköpfigen Jury: „Integration kann nicht verordnet werden und ist nie fertig, sondern wird von Menschen in ihrem Lebensumfeld gelebt und gestaltet.“

## "Krach-Mach-Tach" wirft seine Schatten voraus

**Am 15. September wird es in der Landeshauptstadt wieder laut: Beim zweiten "Krach-Mach-Tach" wollen wieder Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam durch Kiel zum Landtag ziehen, um mit selbstgebauten "Krach-Mach"-Geräten ein Zeichen für ein selbstverständliches Miteinander zu setzen. Der erste "Krach-Mach-Tach" im September vor zwei Jahren war ein voller Erfolg: Trotz strömenden Regens nahmen mehr als 1.000 Menschen an der Veranstaltung teil.**

Noch können sich aktive "Krach-Macher" dem vom Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase, organisierten Umzug anschließen. Aufgerufen zum Basteln der "Krach-Mach"-Geräte sind kreative Gruppen aus Initiativen, Schulen oder Betrieben, aber auch Privatpersonen. Die einzige Bedingung: Die Musikmobile sollen in Gruppen von behinderten und nicht behinderten Menschen zusammen gebaut werden – „denn Inklusion geht nur zusammen“, so Hase. Erlaubt ist beim Bau der Instrumente fast alles, nur Motoren, Feuerwerkskörper oder elektrische Verstärkung sind nicht zugelassen.

Am 15. September zieht der lautstarke Umzug ab 11:00 Uhr vom Rathausplatz durch die Kieler Innenstadt bis zum Lan-

deshaus. Dort werden die spektakulärsten "Krach-Mach"-Geräte von einer Jury unter Leitung von Landtagspräsident Klaus Schlie begutachtet, und die drei besten Ideen werden ausgezeichnet. Anschließend erwartet die Teilnehmer und Gäste ab 13:00 Uhr wieder ein buntes Fest rund um das Parlamentsgebäude. Im Landeshaus werden sich im Behindertenbereich engagierte Initiativen und Verbände präsentieren, und auf der Krusenköppl, gegenüber des Landtages, spielen auf zwei Bühnen mehrere Bands.

**Interessierte Bastler werden gebeten, sich beim Landesbeauftragten anzumelden: Telefon 0431/988-1262 oder 0431/988-1620 oder per Mail: [lb@landtag.ltsh.de](mailto:lb@landtag.ltsh.de). Weitere Informationen gibt es auf der Internetseite: [www.krach-mach-tach.de](http://www.krach-mach-tach.de)**

## Veranstaltungen im Landtag

### Anne-Frank-Ausstellung

Vom 8. August bis 9. September gastiert im Landeshaus die Ausstellung "Deine Anne. Ein Mädchen schreibt Geschichte". Auf großen Bildwänden wird das Leben von Anne Frank erzählt, von ihren ersten Lebensjahren in Frankfurt über die Flucht nach Holland vor den Nazis und die Zeit in Amsterdam. Konzipiert wurde die Ausstellung, die sich vor allem an Schüler richtet, vom Anne-Frank-Haus in Amsterdam und dem Anne-Frank-Zentrum in Berlin.

**Die Ausstellung ist kostenlos und täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Ein Personalausweis ist erforderlich.**

### Literatur im Landtag

Am 28. August sind die Radio- und TV-Journalistin Randi Crott und ihre Mutter Lillian Crott Berthung in der Reihe "Politische Literatur im Landtag" zu Gast in Kiel. In ihrem Buch "Erzähl es niemandem" rekonstruiert Randi Crott die Geschichte ihrer Eltern – von der Verfolgung der Juden in Deutschland über die deutsche Besatzung in Norwegen bis hin zu den Problemen der Vergangenheitsbewältigung nach dem Krieg. Organisiert wird die Lesung, die um 19:00 Uhr beginnt, von der Landeszentrale für Politische Bildung.

**Anmeldungen bis zum 23. August per Mail: [kontakt@landtag.ltsh.de](mailto:kontakt@landtag.ltsh.de) oder Fax: 0431/988-1119.**